

# SPD, CDU, B.90/Die Grünen, FDP, ÖDP

Gemeinsame Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 08. Juli 2022 Mainz-Laubenheim

## Unterbringung von Ukraine-Flüchtlingen in Mainz-Laubenheim

Die Verwaltung wird gebeten, die u. a. Fragen zur Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine zu beantworten.

Die Laubenheimer Bevölkerung ist sich der Verantwortung für die Flüchtlinge aus der Ukraine bewusst. Dazu ist sie aus Gründen der Solidarität mit den Menschen, die wegen eines fürchterlichen Krieges aus ihrer Heimat flüchten mussten, gerne bereit.

Sicherlich sind unsere Sportvereine, wie z. B. der FSV Alemannia 1911 e. V. bereit, die Kinder und Jugendlichen in ihren Trainingsbetrieb zu integrieren. Dies gilt sicherlich auch für die anderen Sportvereine.

Die Unterbringung der Flüchtlinge in der Riedhalle hat jedoch Auswirkungen auf das soziale Leben der Laubenheimer Bürgerinnen und Bürger, dies insbesondere bei den Vereinen.

Damit die Vereine ihre Aktivitäten für die nächsten Monate realistisch planen können, bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1.) Wie wird der Trainingsbetrieb für die Vereine/Gruppen organisiert, die dann nicht mehr die Halle nutzen können?
- 2.) Wie wird sichergestellt, dass die Laubenheimer Großveranstaltungen, wie z. B. die Fastnachtssitzungen oder die Weihnachtsfeier der Seniorinnen:en in Laubenheim stattfinden können?
- 3.) Wie sieht die Verwaltung die Möglichkeit, in Laubenheim eine mobile Sport-/Festhalle aufzustellen?
- 4.) Der lokalen Presse war zu entnehmen, dass die Flüchtlinge in der bereits dafür vorbereiteten Mombacher Turnhalle untergebracht würden. Tage später konnte man in der Zeitung lesen, dass nicht die Mombacher Halle, sondern stattdessen die Laubenheimer Sporthalle als Flüchtlingsunterkunft dienen soll. Was sind die Gründe für die Änderung der Planungen?
- 5.) Der Betrieb unserer Sporthalle war über die Jahre durch mangelnden Brandschutz stark eingeschränkt. Können diese Brandschutzdefizite vor Aufnahme der Flüchtlinge beseitigt werden?

Der Ortsbeirat hält einen regelmäßigen Informationsaustausch in dieser Angelegenheit für dringend erforderlich.

Für die SPD

Für die CDU

Für B.90/Die Grünen

Für die FDP

Für die ÖDP

Wolfgang Stampf

Norbert Riffel

Gabriele Müller

Dr. Christian Hecht

Ulrich Frings